BH 09.08.

WNK: Spielplätze sind ungepflegt

(pd) Wie ist es um den Zustand der städtischen Kinderspielplätze bestellt? Um dieses Thema geht es in einem Antrag der WNKUWG zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, der nach der Sommerpause am Donnerstag, 13. September, 17 Uhr, tagt. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse regt eine Bestandsaufnahme an. „Durch Zufall bin ich in den letzten Wochen auf dem Spielplatz Butscheider Berg gewesen. Was ich dort vorfand, verschlug mir die Sprache." Die Politik habe einmütig beschlossen, die Anzahl der Spielplätze zwar beizubehalten, jedoch Flächen, die zur Zeit nicht genutzt werden, stillzulegen. Im Gegenzug dafür sollten die verbleibenden Spielplätze in einem guten Zustand gehalten werden. Als er jedoch weitere Spielplätze begutachtete, stellte er fest, dass auch sie in einem sehr ungepflegten Zustand seien oder wie – in Pohlhausen – mit einem Bauzaun ohne Hinweise gesperrt sind.

Der WNKUWG gehe es auch darum aufzuzeigen, ob Beschlüsse von Fachausschüssen oder Rat richtig umgesetzt werden.

Die WNKUWG kritisiert den Zustand einiger Spielplätze wie hier am Butscheider Berg. FOTO: HENNING REHSE

BH 10.08.

WNKUWG sammelt weiter Unterschriften

(chal) Die WNKUWG sammelt weiter Unterschriften für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Im Einsatz sind die Mitglieder morgen, Samstag, 11. August, 9.30 bis 12.30 Uhr, vor dem Rathaus, teilt der Vorsitzende Stefan Kind mit. „Die Reaktionen der Bürger zeugen eindeutig davon, dass Straßenausbaubeiträge als Anliegeranteil in höchstem Maße ungerecht sowie existenzbedrohend sind", erklärt Bettina Bernhard, die für den Vorstand der WNKUWG die landesweite Aktion koordiniert. Intelligente Lösungen wie in Bayern seien auch in NRW möglich – nur müssten die Koalitionäre aus CDU und FDP auch wollen. Selbstverständlich können Bürger nach Angaben von Stefan Kind auch andere Missstände bei der Gelegenheit ansprechen.

Sa. 11. August, 9.30 bis 12.30 Uhr, vor Rathaus, Telegrafenstraße.

WNKUWG fragt nach Kosten für Flüchtlinge

BH 15.08.

(pd) Die WNKUWG greift das Thema Kosten für Flüchtlinge auf und stellt eine Anfrage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 1. Oktober: In der Juni-Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion sei mitgeteilt worden, dass sich derzeit 112 abgelehnte und geduldete Flüchtlinge in Wermelskirchen befinden. Nach Auskunft der Stadtverwaltung übernehme das Land nur drei Monate die Kosten für diesen Personenkreis. Nun fragt die WNKUWG, wie hoch die von der Stadt Wermelskirchen netto zu tragenden Kosten 2016, 2017 und voraussichtlich 2018 sind. „Abgelehnte und geduldete Flüchtlinge haben ihre Heimatländer vor allem aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, sie bekommen in Deutschland aber keine Aussicht, den Status als anerkannter Flüchtling zu erlangen." Die Kommunen hätten immer eine volle Erstattung der Flüchtlingskosten gefordert. Bleiben diese Flüchtlinge länger, entstünden der Stadt Kosten für Unterbringung, Lebensunterhalt und Krankenversorgung. Auch müssten die der Stadt entstehenden Personal- und Sachkosten berücksichtigt werden.

WNKUWG fragt nach Kosten für Flüchtlinge

Land zahle nur für drei Monate.

WG 1 16.08.

Die WNKUWG greift das Thema Kosten für Flüchtlinge auf und stellt eine Anfrage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Wermelskirchener Stadtrates am 1. Oktober.

In der Juni-Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion sei mitgeteilt worden, dass sich derzeit 112 abgelehnte und geduldete Flüchtlinge in Wermelskirchen befinden. Nach Auskunft der Stadtverwaltung übernehme das Land nur drei Monate die Kosten für diesen Personenkreis.

Nun fragt die WNKUWG, wie hoch die von der Stadt Wermelskirchen netto zu tragenden Kosten für die Jahre 2016, 2017 und voraussichtlich 2018 sind.

„Abgelehnte und geduldete Flüchtlinge haben ihre Heimatländer vor allem aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, sie bekommen in Deutschland aber keine Aussicht, den Status als anerkannter Flüchtling zu erlangen", steht weiter in der Anfrage. Die Kommunen hätten immer eine volle Erstattung der Flüchtlingskosten gefordert. Bleiben diese Flüchtlinge länger, entstünden der Stadt Kosten für Unterbringung, Lebensunterhalt und Krankenversorgung. Auch müssten die der Stadt entstehenden Personal- und Sachkosten berücksichtigt werden. *pd*

WNK/UWG lädt wieder zum Stand ein

WZA 10.08.

Es wird auch an diesem Samstag wieder eine Unterschriftensammlung der WNK/UWG geben. Das teilt die Fraktion jetzt in einem Schreiben mit. „Aufgrund der großen Resonanz der Bevölkerung wird der WNK/UWG-Bürgerverein die Sammlung von Unterschriften für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge am Samstag, 11. August, vor dem Rathaus fortsetzen", heißt es darin.

Und: „Die Reaktionen der Bürger zeugen eindeutig davon, dass Straßenausbaubeiträge als Anliegeranteil in höchstem Maße ungerecht sowie existenzbedrohend sind", schreibt Bettina Bernhard, die für den Vorstand der WNK/UWG die landesweite Aktion koordiniert. Lösungen wie in Bayern seien auch in NRW möglich.

Selbstverständlich, so Fraktionsmitglied Stefan Kind, bestehe für die Bürger am Stand der WNK/UWG am Samstag auch die Möglichkeit, andere vermeintliche Missstände, wie beispielsweise die Sauberkeit in der Stadt, der Loches-Platz oder ähnliches zu thematisieren. *acs*

WNK/UWG hat Fragen zu Kosten für Flüchtlinge

WZA 11.08.

Thorn Seidel möchte von der Stadt Zahlen haben. Foto: T.S.

Die WNK/UWG hat erneut Fragen zu Flüchtlingszahlen in der Stadt. „In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion wurde auf unsere Anfrage hin mitgeteilt, dass sich derzeit 112 abgelehnte und geduldete Flüchtlinge in Wermelskirchen befinden", schreibt Fraktionsmitglied Thorn Seidel. „Wir fragen daher an, wie hoch die von der Stadt netto zu tragenden Kosten für diesen Personenkreis im Jahr 2016, 2017 waren und voraussichtlich 2018 sein werden?" Blieben abgelehnte Flüchtlinge länger als drei Monate nach Feststellung des Aufenthaltsstatus bzw. der Ablehnung, entstünden Kosten; zudem gebe es Personal- und Sachkosten. *acs*

WNKUWG: Bürgersteig birgt Stolperfallen

Passanten sei auf Thomas-Mann-/Ecke Pfarrstraße Fuß umgeknickt. Stadt: Gehweg wird ausgebessert.

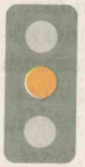
(pd) Die WNKUWG sieht nach dem Ausbau der Thomas-Mann-Straße eine Verkehrsgefährdung und wandte sich an die Stadtverwaltung. „Zwischen dem alten Ausbauende der Thomas-Mann-Straße vor dem Haus Nummer 42 und dem jetzigen Bauende der aktuellen Maßnahme mit Abschluss des Eckhauses an der Pfarrstraße Nummer 1 befinden sich einige wenige Meter Bürgersteig, die lediglich noch eine Ansammlung von Löchern, Aufbrüchen und hoch stehen Kanten darstellen", schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Auf dieser Fläche sei die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet, es bestehe Unfallgefahr. „Ich rege daher an, diese kleine Fläche in Gänze mit einer neuen Verschleißschicht zu versehen", so Rehse. Mitte Juli sei dort in Gegenwart von Zeugen einen Unfall passiert: Einem Passanten war der Fuß umgeknickt, er sei aber mit einem verstauchten Knöchel und ein paar Bänderdehnungen noch glimpflich verlaufen. Rehse: „Ich konnte den Geschädigten mit Hinweis auf die damals noch bestehende Baustellensituation und dem Versprechen, mich des Themas anzunehmen, davon abbringen, die Stadt in Regress zu nehmen." Da er im Juli noch nicht gewusst habe, ob und inwieweit das marode Teilstück des Bürgersteigs im Zuge des Ausbaus der Thomas-Mann-Straße ohnehin repariert werde, habe er den Abschluss der Baumaßnahme abgewartet. Es sei aber nichts sei geschehen.

BM 15.08.

WNKUWG kritisiert Zustand des Bürgersteigs Thomas-Mann-Straße/Ecke Pfarrstraße als gefährlich. FOTO: SOLVEIG PUDELSKI

Harald Drescher, Leiter des Tiefbauamtes, erklärt, dass der kritisierte Bereich nicht zur Ausbaumaßnahme Busbahnhof/Bahnhofstraße bis Pfarrstraße gehöre. Man habe die Ecke geprüft, es bestehe keine akute Unfallgefahr. Handlungsbedarf zwecks Unfallvermeidung bestehe laut Vorschriften erst, wenn die Stolperkante vier Zentimeter überschreite. Dennoch werde der Gehweg im Rahmen der üblichen Unterhaltung saniert. „Das beinhaltet aber keinen Vollausbau, sondern lediglich die Erneuerung der oberen Deckschicht." Die Fahrbahn werde dann entsprechend unterhalten und verbessert, jedoch nicht erneuert.

INFO



Mit einem **Ampelsystem** wird beim Bürgermonitor der aktuelle Status eines Anliegens beurteilt. Im Fall „Thomas-Mann-Straße" bedeutet Gelb: Die Probleme bestehen weiterhin.

Kontakt Sie haben ein Anliegen ? Dann wenden Sie sich an unsere Redaktion unter ☎ 02196 / 720194. Oder schreiben Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort „Bürgermonitor" an **wermelskirchen@bergische-morgenpost.de**

Online-Formular Auf unserer Internetseite www.rp-online.de/buergermonitor können weitere Anliegen ebenfalls gemeldet werden.